

POLEN

Schritt für Schritt



Ob mit dem Beitritt verarmte Landschaften blühen werden? Die PollInnen haben der EU-Mitgliedschaft zwar zugestimmt, doch Skepsis und Angst sind damit nicht vorbei. (Foto: Tom Wagner/SIP)

Das Referendum zum EU-Betritt hat Polen mit Bravour gemeistert, doch bei der Erledigung der Hausaufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft steht das ehemalige Ostblockland nicht ganz so gut da.

Polen bekommt derzeit viel Besuch. Seit das Land als zukünftiger Mitgliedstaat der Europäischen Union gilt, entwickeln sich die Besucherzahlen vor allem aus dem Westen stetig nach oben. Aus Luxemburg empfing Polen vergangene Woche VertreterInnen der Presse, die sich vor Ort über einen der aussichtsreichsten Beitrittskandidaten informierten.

Dass Polen in Richtung Europa schaut, ist noch nicht lange so und eigentlich Lech Walesas "Solidarnosc" zu verdanken. Unter seiner Führung erkämpfte die polnische Gewerkschaft schrittweise die Freiheit vom Kommunismus und gewann 1989 bei freien Wahlen auf Anhieb immerhin 35 Prozent der Parlamentssitze. Es war der Solidarnosc-Denker Tadeusz Mazowiecki, der sich als erster Premierminister der neuen Republik Polen deutlich für eine Öffnung seines Landes nach Europa und gen Westen aussprach.

Seitdem ist viel passiert - erst an Pfingsten dieses Jahres stimmte die Bevölkerung mit großer Mehrheit (77,5 Prozent) für den EU-Beitritt. Die Wahlbeteiligung lag, nach einem schleppendem Beginn, bei 58,8 Prozent - und übertraf damit noch die optimistischen Erwartungen. "Our society is ready to join mentally", erklärte nicht ohne Stolz Genowefa Grabowska im Gespräch mit der luxemburgischen Delegation. Die Vorsitzende des Komitees für Außenpolitik und Europäische Integration im Senat zeigte sich optimistisch, dass Polen

bis zu seinem Beitritt im Jahr 2004 die von der EU-Kommission auferlegten Anpassungen in Wirtschaft und Gesellschaft vollzogen haben wird. Schließlich, darauf wies auch der Chef der Delegation der Brüsseler Kommission in Warschau, Bruno Dethomas, hin, sei das Land mit seinen 39 Millionen EinwohnerInnen, seiner niedrigen Inflation und einem aktuell steigenden Bruttoinlandprodukts (BIP) von 18,3 Millionen US-Dollar ein wirtschaftliches Schergewicht - sozusagen der kleine Löwe in der ehemaligen Ostzone. Wie zahllos dieser Löwe jedoch vergleichsweise ist, zeigen Zahlen des polnischen Statistikamtes: Betrachtet man die reale Kaufkraft, haben die PolInnen nur etwa halb so viel Geld im Porte-Monnaie wie ihre griechischen oder portugiesischen KollegInnen - und um den durchschnittlichen EU-Lebensstandard zu erreichen, das sagt zumindest die Online-Ausgabe von "The Warsaw Voice" unter Berufung auf amtliche Schätzungen, wird Polen fast 30 Jahre brauchen.

Schwierige Hausaufgaben

Die Liste der Hausaufgaben, die Polen noch bis zur Vollmitgliedschaft zu erledigen hat, ist entsprechend lang, und die Aufgaben alles andere als leicht zu bewältigen. In einem Informationspapier für das Europäische Parlament vom 17. März dieses Jahres werden als Hauptprob-

lemfelder die Verwaltungsreform, die Landwirtschaft, die Grenzsicherung und Einwanderungspolitik, Betrugs- und Korruptionsbekämpfung, organisiertes Verbrechen, Armut sowie die enorm hohe Arbeitslosigkeit (knapp unter 20 Prozent Ende 2002) genannt.

Vor allem die möglichen Folgen einer Umstrukturierung im Agrarbereich werden seit vielen Monaten heftig debattiert.

Besondere Sorgen macht den Menschen in Polen laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS im Mai der verstärkte Wettbewerb in Folge offener Grenzen und freien Warenverkehrs. Rund 60 Prozent der Bevölkerung befürchten eine tiefere Krise der ohnehin angeschlagenen Wirtschaft wegen einer "Überflutung mit ausländischen EU-Produkten". Auch wenn die Landwirtschaft nur rund drei Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmacht, darf die Bedeutung des Sektors für die polnische Gesellschaft nicht unterschätzt werden: Zwischen 15 und 30 Prozent der Bevölkerung, die Zahlenangaben schwanken, sollen in diesem Bereich arbeiten.

Und auch wenn Großbauern und Politiker wie der Abgeordnete der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO) und stellvertretende Vorsitzende der parlamentarischen Kommission für Außenpolitik und europäische Integration, Janusz Lewandowski, nicht müde werden zu betonen, dass in Polen bisher keine BSE-Seuche ausgebrochen ist und heimische Produkte es "ohne Weiteres" mit ausländischen aufnehmen könnten, ist dies allenfalls die halbe Wahrheit: Polens Landwirtschaft gilt als technologisch extrem rückständig, mit rund zwei Millionen Bauernhöfen als viel zu zerstückelt und zu personalintensiv. Das weiß ein Großteil der Bauern auch - und wählt deshalb nationalistisch-konservative Parteien wie "Samoobrona" (Selbstverteidigung) und "Liga Polskich Rodzin" (Liga der polnischen Familien).

Aus Feind wird Freund

"19th century clichés" nennt Genowefa Grabowska diesen protektionistischen Reflex, der auch bei den EU-Verhandlungen um die Fristen beim (ausländischen) Kauf von polnischen Immobilien und um die Schadensersatzforderungen ehemals Enteigneter wirkte. Geografisch eingeklemmt zwischen einst feindlich gesonnenen deutschen und russischen Nachbarn, bepackt mit einer Leidensgeschichte, die bis ins späte Mittelalter zurückreicht, noch dazu aufgrund

heutiger niedriger Einkommen meist mit nur geringen Spielräumen versehen, fürchten viele PolInnen nichts mehr, als dass erneut die "Fremden" kommen. Wobei das Wort "Fremde" mitunter recht extensiv ausgelegt wird: Im Januar 2001 etwa wurde von der national-konservativen Sejm-Mehrheit ein Gesetz eingebracht, das nur jenen Enteigneten ein Recht auf eine Entschädigung zusprach, die selbst, beziehungsweise deren ErblInnen sowohl zum Zeitpunkt der Enteignung als auch am 31.12.1999 polnische StaatsbürgerInnen waren. Die Gesetzesnovelle wurde zwar gestoppt, doch die oft sehr polemisch geführte Diskussion um die ungelöste Entschädigung jüdischer (und deutscher) Enteigneter flammt regelmäßig wieder auf.

Geschwächte Regierung

Noch ein Thema hat in den vergangenen Wochen und Monaten für hitzige Debatten und wiederholten eindringlichen Mahnungen aus Brüssel gesorgt: die Korruption. Da ist die Affäre um den polnischen Filmproduzenten Lew Rywin, der, angeblich in Absprache mit der Regierungspartei SLD, versucht hatte, im Zusammenhang mit dem geplanten Mediengesetz die auflagenstärkste Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" zu bestechen. Seit Januar ermittelt die Staatsanwaltschaft und befasst sich ein Untersuchungsausschuss mit diesen Vorfällen. Vor kurzem musste auch Premier Leszek Miller aussagen.

Dies ist nicht der einzige Skandal, Bestechungen im maroden Gesundheitssystem sind ebenfalls an der Tagesordnung, unter Miller mussten schon mehrere Gesundheitsminister gehen. Nach Angaben von Transparency International, einer NGO, die sich den Kampf gegen Korruption auf die Fahnen geschrieben hat, liegt Polen im Nationen Ranking in Sachen Bestechung auf Platz 44, gleichauf mit Peru. Fünf Mitbewer-

ber für die Osterweiterung schneiden noch schlechter ab: Tschechien, Slowakei, Lettland, Bulgarien und Rumänien, denen allerdings ohnehin nicht viel Chancen auf eine baldige Aufnahme in die EU gegeben werden. Europaexperten warnen deshalb davor, sollte Polen seine Bemühungen im Kampf gegen den Filz nicht verstärken, könnte die Korruption vor allem bei den kommunalen Beamten zu einem der größten Fallstricke bei Polens Beitrittsbemühungen werden.

"Rywingate" führte zu einer größeren politischen Krise der SLD-UP-Minderheitsregierung. Premier Leszek Miller büßte in Meinungsumfragen erdrutschartig an Popularität ein. Erst das beeindruckend gute Abschneiden Polens beim EU-Referendum und eine von Miller geschickt eingefädelte Vertrauensabstimmung im "Sejm" (Parlament) Mitte Juni haben nach Ansicht der "Warsaw Voice" den angeschlagenen Premier politisch wieder etwas Handlungsspielraum zurückgegeben.

Den wird die Regierung dringend brauchen, denn die trotz leichtem BIP-Wachstums angespannte Wirtschaftslage bedarf dringender Reformen - und diese sind in Polen äußerst unpopulär. Privatisierungsvorhaben werden von der polnischen Bevölkerung eher skeptisch aufgenommen, was seine Gründe neben der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit womöglich auch in den teilweise sehr unrühmlichen und rigiden Abwicklungen unmittelbar vor der polnischen Haustür, in der ehemaligen DDR, hat.

Polens Staatssekretärin Barbara Labuda beschreibt deshalb die eigentliche Herausforderung ihres Landes auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft: "La changement de mentalité est peut-être le plus grand problème à résoudre."

Ines Kurschat

Nachwuchs

Pünktlich zur Fertigstellung der 700. Ausgabe meldete sich bei der woxx-Crew Verstärkung an: Emma, so heißt die Tochter von Anika und Stefan, erblickte am vergangenen Montag die Welt. Sie hatte sich etwas Zeit gelassen und war eigentlich schon eine Woche vorher angesagt. Die kleine Verspätung dürfte noch einigen Trubel in der woxx-internen Urlaubsplanung bringen, da der Papa eigentlich die ersten Wochen lieber mit Mutter und Kind gemeinsam verbringen wollte, und ihm der Kopf so gar nicht nach Redaktionsstress steht. Immerhin verfügt die Redaktion jetzt wieder über einen Experten in Sachen Babykost und -Betreuung, der die Kinderfreundlichkeit der Luxemburger Gesellschaft am eigenen Leibe spüren und beurteilen kann. Zunächst darf er sich allerdings seiner Lieblingsbeschäftigung widmen: den obligaten Behörden-gängen zur Registrierung. Die hatten ihn schon bei seiner Ankunft in Luxemburg, vor einem Jahr, zur schieren Verzweiflung gebracht.

